

"Autozentrierte Entwicklung" – Überlegungen zur Neufundierung eines immer noch wichtigen Konzeptes

Wolfgang Hein

One cannot make a tree grow faster by pulling it from outside; it has to grow from its roots."

(Deborah Brautigam: Governance and Economy. A Review. World Bank, Policy Research Working Papers, Dec. 1991, p.40)

Schubladendenken ist selten erkenntnisfördernd. Im Gegensatz dazu ist es häufig sehr fruchtbar, Überlegungen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Diskursen miteinander zu verknüpfen. Das einleitende Zitat von Deborah Brautigam aus einer Weltbankstudie über "Governance" verstehe ich als eine Einladung zu letzterem, denn "Wachsen aus den eigenen Wurzeln" erweckt zweifellos Assoziationen mit der Idee "autozentrierter Entwicklung". Der durch neoliberale Politik erst richtig "entfesselte" Globalisierungsprozeß hat inzwischen Ergebnisse gezeigt, die eine ganze Reihe von Aspekten der Dependenzdiskussion erneut aktuell erscheinen lassen – vor allem die Dimension der "ungleichen Entwicklung" im räumlichen wie im sozio-ökonomischen Sinne; und das läßt wiederum die Frage interessant erscheinen, ob die dem Diskurs über "autozentrierte Entwicklung" anscheinend vollkommen entgegengesetzten Konzepte von "good governance" und Wettbewerbsfähigkeit als Leitziele nicht doch Defizite aufweisen, die geradezu nach einer Korrektur verlangen. Muß nicht die Forderung nach "good governance", wenn sie in einem entwicklungsorientierten Diskurs überhaupt Sinn machen soll, die Frage nach den spezifischen lokalen Entwicklungspotentialen und -problemen implizieren und damit auch die Frage nach einer an diesen Potentialen orientier-

ten Entwicklungsstrategie, deren Inhalte konkreter sein müssen als einige generelle Parameter makroökonomischer Steuerung?

Dies charakterisiert den Ausgangspunkt meines Plädoyers, das Konzept der "autozentrierten Entwicklung" - ebenso wie wesentliche Erkenntnisse der Dependenztheorie - nicht gleich als Schlußfolgerung aus der (zweifellos gerechtfertigten) Kritik an einer einseitig externe Faktoren hervorhebenden Analyse von Unterentwicklung ad acta zu legen.

Dieser Beitrag soll aufzeigen, welcher entwicklungstheoretische Nutzen von Analysen zu erwarten ist, die von einem erneuerten Konzept der "autozentrierten Entwicklung" ausgehen. Dazu soll (1) zunächst der Begriff der "autozentrierten Entwicklung", wie er ursprünglich von Samir Amin eingeführt worden ist, skizziert werden, dann (2) auf die Modifikationen hingewiesen werden, die in den Arbeiten von Dieter Senghaas und Ulrich Menzel zu finden sind. Anschließend wird (3) auf dem Hintergrund der neueren Kontroverse über die Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß der Ausgangspunkt für eine Neukonzipierung von autozentrierter Entwicklung bestimmt und (4) ein Vorschlag zu einer solchen Neuformulierung dieses Konzepts unter den Bedingungen der Globalisierung gemacht. Abschließend (5) werden diese Überlegungen am Beispiel der Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu *autozentrierter agroindustrieller Entwicklung* konkretisiert.

1. Das Konzept der "autozentrierten Entwicklung"

Dieses Konzept wurde von Samir Amin eingeführt (vgl. Amin 1974), um die Grundcharakteristika kapitalistischer Entwicklung in den Metropolen von denen peripherer Gesellschaften zu unterscheiden: "Autozentrierte Reproduktion" ist nach Amin durch die enge Wechselbeziehung zwischen der Nachfrage nach Gütern für den Massenkonsum und der Entwicklung der Produktion von Ausrüstungsgütern (d.h. auch entsprechender Technologien) gekennzeichnet. Etwas verkürzt dargestellt bedeutet das, daß Produktivitätsgewinne auch zu erhöhter Kaufkraft und damit zu einem Anstieg der Produktion von Massenkonsumgütern führen, bis Arbeitskräfteknappheit, weitere Realloohnerhöhungen und ein sinkender Anteil der Profite am gesellschaftlichen Einkommen die Entwicklung neuer, arbeitssparender Technologien fördert, die wiederum erhöhte Profite, aber auch Produktivitätsgewinne ermöglichen. In peripheren Gesellschaften wird dagegen der Ak-

kumulationsprozeß durch den Exportsektor in Gang gebracht, dessen Entwicklung bei extrem niedrigen Löhnen keine effektive Nachfrage nach Massenkonsumgütern stimuliert, sondern lediglich eine Nachfrage nach Luxuskonsumgütern durch Plantagenbesitzer und eine privilegierte politische Elite. Eine importsubstituierende Industrialisierung setzt entsprechend bei der Substitution von Importen an, die zumindest in den peripheren Gesellschaften Luxuskonsumgüter darstellen (Automobile etwa).

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dieser These ist hier nicht möglich und auch nicht mehr nötig. Wichtig erscheint mir allerdings folgendes: Zweifellos hielt Samir Amin eine Abkoppelung vom Weltmarkt für die Voraussetzung, um in peripher-kapitalistischen Gesellschaften "autozentrierte Entwicklung" in Gang zu setzen, und – darauf werde ich weiter unten zurückkommen – in einer sehr abstrakten Sichtweise hatte er damit recht. Allerdings muß die Idee der "Autozentriertheit" selbst, vor allem wie sie dann von Senghaas und Menzel weiterentwickelt wurde, weder zu einer Strategie der Abkopplung führen noch zu der These, daß alle Entwicklungsprobleme aus der externen Abhängigkeit resultieren. Löst man den Begriff der "Autozentriertheit" ab von der spezifischen ökonomischen Konstellation einer – zugegebenermaßen zentralen – historischen Phase der Entwicklung metropolitaner Gesellschaften, und versucht man, ihn in systemtheoretischer Perspektive neu zu bestimmen, so könnte man sagen, daß er im allgemeinen einen *strukturell bedingt selbstreferentiellen Entwicklungsprozeß* einer Gesellschaft bezeichnet.

2. Die Weiterentwicklung des Konzeptes

Im Jahre 1977 definierten Senghaas und Menzel "autozentrierte Entwicklung" weniger abstrakt und im Prinzip breiter als Samir Amin: "Autozentrierte Entwicklung besteht ... im allgemeinsten Sinne aus der organischen Verbindung folgender Aktivitäten:

- erneute Prospektierung der lokal verfügbaren Ressourcen;
- lokale Nutzung lokaler Ressourcen;
- Aufbau eines eigenen industriellen Sektors für die Produktion von Produktionsmitteln;
- Weiterentwicklung bestehender und Erfindung angepaßter Technologie;

- Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft;
- industrielle Produktion von Massenkonsumgütern.

Nur die Konvergenz dieser Aktivitäten erlaubt eine breitangelegte, schrittweise Erschließung des Binnenmarktes, durch die die Masse der Bevölkerung in produktive Tätigkeiten eingegliedert wird und Kaufkraft erwirbt, und durch die die Nachfrage nach agrarischen und industriellen Ausrüstungs- und Massenkonsumgütern sowie nach privaten und öffentlichen Dienstleistungen an Ort und Stelle dynamisiert wird." (Senghaas 1977, S. 266f.)

Dabei bleibt im Prinzip offen, welche sozioökonomischen Mechanismen diese "organische Verbindung" vermitteln bzw. die "Konvergenz dieser Aktivitäten" herstellen und reproduzieren. Im Gegensatz zu Samir Amin wird nicht mehr ausgeschlossen, daß es Überschüsse aus der Exportproduktion sind, die evtl. sogar einen Katalysator von kritischer Bedeutung darstellen, um diese organische Verbindung zu ermöglichen. Entscheidend ist die innere Integration; wieweit diese durch außenwirtschaftliche Öffnung oder Dissoziation positiv oder negativ beeinflusst wird, ist eine Frage des konkreten Falles und nicht generell theoretisch antizipierbar. Diese Implikationen eines offeneren Begriffs der "Autozentriertheit" werden allerdings erst in den Arbeiten der Autoren in den 1980er Jahren klar (vgl. unten).

So war es dann durchaus folgerichtig, daß Dieter Senghaas und Ulrich Menzel in der Analyse von Entwicklungsprozessen kleinerer europäischer Gesellschaften (Senghaas 1982; Menzel 1988) sowie der Entwicklung von Südkorea und Taiwan (Menzel 1985; Menzel/Senghaas 1986) ihre – u.a. im Anschluß an Amin – erhobenen ursprünglichen Forderungen nach einer weitgehenden Abkopplung von Entwicklungsländern aus dem kapitalistischen Weltsystem zunehmend relativierten und Elemente eines exportorientierten *und* autozentrierten Entwicklungsweges (Senghaas 1982) bzw. die These der "autozentrierten Entwicklung trotz Weltmarktintegration" (Menzel 1988, jedoch schon der Titel seiner 1982 angenommenen Habilitationsschrift) herausarbeiteten.

Die oben zitierte Definition ist sehr viel strategischer ausgerichtet als die eher analytisch orientierte Definition Samir Amins; sie erinnert in vielen Aspekten noch an die staatszentrierten Strategien zur Vertiefung der Importsubstitution in Lateinamerika. Andererseits impliziert sie eben nicht notwendigerweise eine weitgehende Dissoziation, und Exportförderung kann unter bestimmten Voraussetzungen durchaus Prozesse autozentrierter

Entwicklung unterstützen. So schreibt Menzel in der Zusammenfassung seiner Fallstudien heutiger Industrieländer:

"Transferleistungen aus dem Ausland können von zentraler Bedeutung für nachholende Entwicklung sein. Grundsätzlich sind Technologietransfer, Anwerbung ausländischer Spezialisten, Ausbildung im Ausland, Kapitaltransfer in Form von Anleihen oder Direktinvestitionen zur Kompensation des eigenen Mangels nicht abzulehnen. Es kommt nur darauf an, daß diese Transferleistungen bei den Empfängerländern auf eine politische und soziale Struktur treffen, die ihre kontrollierte Verarbeitung im Sinne des skizzierten Entwicklungsszenarios möglich macht" (Menzel 1988, S. 580).

In den späteren Arbeiten von Menzel und Senghaas ist eine zunehmende Betonung sozialer und politischer Strukturen als Voraussetzung für Entwicklung festzustellen. So betonen die Autoren 1986 (S. 27f.) die Bedeutung der Agrarverfassung (vorteilhaft: starke Rolle von Familienbetrieben), eines "hohen und sich erweiternden Bildungs- und Wissensstandes" sowie der politischen Organisation und Verhandlungsmacht sowohl der im Exportsektor Beschäftigten als auch nicht-exportorientierter gesellschaftlicher und ökonomischer Interessen für die Erhöhung des "gesellschaftlichen Kompetenzniveaus" und "eine breitenwirksame Erschließung des eigenen Binnenmarktpotentials."

Sicherlich kann man kritisieren, daß sich Menzel und Senghaas – trotz der Betonung umfassenderer Entwicklungsvoraussetzungen – auch in den 1980er Jahren noch auf eine ökonomistische Definition von "autozentrierter Entwicklung" bezogen, daß sie in konstruktivistischer Manier die staatlich voranzutreibenden Entwicklungsvoraussetzungen entwerfen, daß bei aller Betonung möglicher positiver Wechselbeziehungen zwischen Markt und Staat eine genauere Beschäftigung mit den Problemen einer marktorientierten Steuerung unterbleibt, daß sie die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Möglichkeit der nachholenden Entwicklung integrierter nationaler Ökonomien unterschätzt hätten – doch kann man diesen beiden wichtigsten Vertreter des Konzeptes autozentrierter Entwicklung in der deutschen Entwicklungsländerdiskussion sicherlich nicht vorwerfen, daß sie mit diesem Konzept illusionäre Vorstellungen von Abkopplung, eigenständiger Entwicklung und staatlicher Planung verbunden hätten.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß der Zusammenhang zwischen Globalisierungsprozeß und nationaler Entwicklung von Menzel und Senghaas nie mehr so recht problematisiert worden ist. Senghaas argumentiert noch 1997 so, als habe sich grundlegend nichts geändert (Senghaas 1997); Menzels neuere Überlegungen zum Globalisierungsprozeß scheinen sich um strategische Probleme nationaler Entwicklung nicht mehr zu kümmern (vgl. Menzel 1998). 1980 vertrat Menzel im Hinblick auf die Interpretation erfolgreicher nachholender Entwicklung noch eine These, die auch strategisch voll auf der Linie der Dependenztheorie lag: Je fortgeschrittener die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystem, umso mehr staatliche Intervention (nicht notwendigerweise Rückzug aus dem Weltmarkt, aber doch auch eine staatliche Kontrolle der Außenwirtschaftsbeziehungen) sei nötig, um eine die Strukturen der industriellen Entwicklung der Industrieländer *nachvollziehende* autozentrierte Entwicklung zu ermöglichen. Wichtig erscheint mir, daß diese These theoretisch-abstrakt *nicht falsch* ist – auch aus heutiger Sicht nicht –, sondern "lediglich" übersieht, daß angesichts der durch den Globalisierungsprozeß beschleunigten weltweiten Akkumulationsdynamik auf diese Weise keine *nachholende* Entwicklung mehr realisiert werden kann.

"Autozentrierte Entwicklung durch Dissoziation" ist also heute ganz sicherlich kein sinnvoller Ausgangspunkt für eine erfolgversprechende nationale Entwicklungsstrategie mehr: Der Prozeß der wachsenden Interdependenz und schließlich Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems erreichte vielmehr irgendwann im 20. Jahrhundert einen Punkt, an dem die entwicklungsstrategischen Folgerungen "umkippen" mußten: Die Kosten der Dissoziation wurden immer größer, und – angesichts des erreichten Effizienzniveaus einer immer globaleren Arbeitsteilung – die Chancen, auf nationaler Ebene eine im Aminschen Sinne autozentrierte Entwicklung (also: sich selbststeuernde Wechselbeziehungen zwischen Kapitalgütersektor und Massenkonsumgütersektor) zu realisieren, gingen gegen Null (in einer Situation, in der sich bereits der Akkumulationsprozeß in den fortgeschrittensten Industrieländer aus Wettbewerbsgründen ent-nationalisierte). Dies war bereits 1981 (etwa in Auseinandersetzung mit den Perspektiven der sandinistischen Revolution) klar zu erkennen; ich habe damals bereits betont, daß der Prozeß der *globalen Verge-sellschaftung* keine eigenständige nationale Entwicklung im Sin-

ne des Aufbaus einer selbstbestimmten ordnungspolitischen Struktur mehr zulassen würde (Hein 1981).

Jede konsequente Herauslösung der nationalen Wirtschaft aus der internationalen Arbeitsteilung bringt erhebliche Effizienzverluste mit sich, die sich – selbst bei einer egalitären Einkommenspolitik – mittelfristig in Wohlfahrtsverluste auch der ärmeren Bevölkerungsschichten verwandeln. Darüber hinaus werden die Mittelschichten nicht bereit sein, ihre Orientierung an den in den Industrieländern gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten des Konsums, aber auch der technischen und intellektuellen Arbeit aufzugeben, zumal dies angesichts der Globalisierung von Information nicht, bzw. nur durch extreme Repression zu unterbinden wäre. Wollte man auch die logischen Reaktionen auf eine solche Situation (Emigration oder zumindest Einkommenstransfer in bevorzugte Industrieländer) unterbinden, wäre noch weitergehende Repression vonnöten, die ihrerseits die wirtschaftliche Effizienz weiter untergraben würde. Die Schicksale Nordkoreas und (bis zu einem gewissen Grade) auch Kubas machen deutlich, welche Folgen bei Mißachtung dieser Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

3. Was kann "autozentrierte Entwicklung" heute bedeuten?

Wenn also "autozentrierte Entwicklung" nur noch sehr begrenzt als eigenständige Entwicklung zu sehen ist, wenn Weltmarktintegration und viele Formen von Interdependenz und Abhängigkeit nicht zu vermeiden sind, was kann dieser Begriff dann noch bedeuten, warum ist es überhaupt sinnvoll, sich um seine Neufundierung zu bemühen? Zweifellos verändert der Globalisierungsprozeß die mögliche Bedeutung autozentrierter Entwicklung, doch läßt sich interessanterweise die Bedeutung dieses Konzeptes gerade aus der Beschäftigung mit neueren entwicklungsstrategischen und -theoretischen Ansätzen her entwickeln.

Es gibt inzwischen eine fast unüberblickbare Literatur über die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die nationalstaatliche politische Organisation, die reduzierte Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten und den daraus resultierenden erhöhten Bedarf an Global governance. Unabhängig von den daraus abgeleiteten strategischen Schlußfolgerungen werden von fast allen Autoren Prozesse der Denationalisierung konstatiert, und zwar keineswegs nur auf der Ebene ökonomischer Prozesse,

sondern in einer Vielzahl von Dimensionen. Zürn spricht etwa von der "relative(n) Zunahme der Intensität und der Reichweite grenzüberschreitender Austausch- oder Produktionsprozesse in den Sachbereichen Wirtschaft, Umwelt, Gewalt, Mobilität sowie Kommunikation und Kultur" (Zürn 1998, S. 76; auch Betz/Hein 1996).

Dies wird allerdings im allgemeinen auf die Ausgangssituation konsolidierter, "entwickelter" nationaler Gesellschaften in der industriellen Welt bezogen. Was aber bedeutet das für die Situation in Entwicklungsländern? Sind etwa die Probleme von "nachholendem nation-building" schlichtweg überholt, weil dies in einer Welt, die von Denationalisierungsprozessen gekennzeichnet ist, einfach illusorisch ist? Was aber dann? Haben lokale Gesellschaften der Dritten Welt überhaupt eine Chance, sich unmittelbar, ohne eine vorangegangene Konsolidierung als "Nation", als einflußnehmender Teil der Weltgesellschaft zu konstituieren? Die Fragen der Konstitution von *Gesellschaft*, die damit zusammenhängenden Probleme der Identität, der Solidarität usw. sind im Rahmen der Globalisierungsdiskussion bisher sehr wenig behandelt worden, obwohl sie von grundlegender Bedeutung für politische Handlungsoptionen sind, wie Fritz W. Scharpf in einem gerade erschienenen Beitrag hervorgehoben hat (Scharpf 1998).

Es lohnt sich, über das Zitat nachzudenken, das ich diesem Artikel vorangestellt habe. Ohne daß ich mich auf weitergehende Spekulationen darüber einlassen möchte, wie weit der Vergleich zwischen dem Wachsen eines Baumes und dem "Wachsen", der Entwicklung einer Gesellschaft trägt, scheinen mir zwei Aspekte wichtig, auf die dieses Bild hinweist: die Identität einer sich entwickelnden gesellschaftlichen Einheit gegenüber der Umwelt und die Sichtweise von Entwicklung als ein Prozeß "organischen" Wachstums, der Selbstentfaltung eines Systems bei einem gleichzeitig lebensnotwendigen Austausch mit der Umwelt.

Werfen wir zunächst einen Blick auf einige der in diesem Zusammenhang zentralen Argumente der neueren entwicklungsstrategischen Diskussion, so sehen wir, daß meist von der Fiktion eines (irgendwie) konsolidierten Nationalstaats als Subjekt von entwicklungspolitischen und -strategischen Handeln ausgegangen wird. Das gilt für die meisten wirtschaftsliberalen Ansätze (u.a. IWF und Weltbank in den 1980er Jahren) ebenso wie für Ansätze, die die Bedeutung staatlicher Intervention als Voraussetzung für Entwicklung stark betonen (so die meisten Weltbank-

kritischen Analysen ostasiatischer Entwicklung sowie die Thesen zur systemischen Konkurrenzfähigkeit).

Die entwicklungsstrategische Rolle des Nationalstaats sah die Weltbank – nach der liberalen Wende – zunächst vor allem auf die Absicherung der wirtschaftspolitischen "fundamentals" als zentrales Charakteristikum von "Good governance" beschränkt: Der Staat schafft die Rahmenbedingungen der marktwirtschaftlichen Ordnung und sichert sie durch die Garantie rechtsstaatlicher Verfahren ab, er sorgt für die Geldwertstabilität und für binnen- und außenwirtschaftliche Gleichgewichte (vgl. World Bank 1993: The Asian Miracle). Bei dieser Argumentation wurde allerdings zweierlei übersehen:

1. Bereits die Durchsetzung dieser "fundamentals" trifft viele Menschen in ihren Interessen, wird also nur dann akzeptiert werden, wenn ein Vertrauen in die langfristigen Vorteile der entsprechenden Strategien und in die gesellschaftliche Solidarität zur Unterstützung der Benachteiligten gegeben ist, d.h. also wenn erwartet wird, daß aktueller Verzicht langfristig Fortschritt, zumindest das Überwinden der Krise bedeutet. Kurz: Dies setzt eine Identifikation mit der nationalen Gesellschaft und ein Vertrauen in eine (irgendwie) gerechte Repräsentation und eine zumindest mittelfristig effektive Zusammenfassung der verschiedenen sozialen Interessen durch den Staat voraus.

2. Die Fähigkeit eines Staates zu "Good governance" ist nicht eine Frage des guten Willens bzw. der politischen oder moralischen "Einsicht" einer Regierung, sondern hängt entscheidend vom politischen Entwicklungsprozeß der jeweiligen Gesellschaft, sozusagen von der "Einbettung" des Staates in die Gesellschaft ab.

Die Weltbank hat zwar auf diese Problematik durch eine erhebliche Ausweitung der Definition von "fundamentals" reagiert, wie die Diskussion der Rolle des Staates im Weltentwicklungsbericht des Jahres 1997 zeigt. Dabei handelt es sich jetzt nicht mehr nur um die rechtsstaatliche Grundlegung sowie eine gute Wirtschaftspolitik, sondern auch um Investitionen in die sozialen Grunddienste und die Infrastruktur, um den Schutz verwundbarer Bevölkerungsgruppen sowie um den Schutz der Umwelt (World Bank 1997, S. 4). Doch bleibt dahinter der Aspekt von "Entwicklung" als einem langfristigen historischen – und damit auch von historisch spezifischen Bedingungen der "weltgesellschaftlichen" Umwelt abhängigen – Prozeß im Dunkeln, so daß sich

auch die Frage nach dem Entstehen der gesellschaftlichen Voraussetzungen für staatliches Handeln, das an der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung orientiert ist, nicht beantworten läßt. Eine konsequente Aufnahme der Baum-Metapher von Deborah Brautigam sucht man jedenfalls vergeblich.

Die Bedeutung der sozioökonomischen Wurzeln von Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Diskussion der Voraussetzungen für die ost- und südostasiatischen Erfolge wieder verstärkt deutlich geworden: Agrarreformen, Einkommensverteilung und Bildungsniveau, vor allem aber auch die Stabilität und Legitimität des politischen Systems bilden entscheidende Voraussetzungen für Entwicklung. Alesina und Perotti betonten in einem Literaturüberblick zur "Politischen Ökonomie des Wachstums" (1994), daß nicht nur ein direkter politischer Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und politischer Stabilität bestehe, sondern auch ein ökonomisch vermittelter. Eine relativ ausgeglichene Einkommensverteilung sei eine wichtige Voraussetzung für private Investitionen in Bildung und Ausbildung und reduziere damit den Druck auf den Staat, diese Investitionen durch erhöhte Steuereinnahmen zu finanzieren.

"Good governance" im Sinne der Fähigkeit zur konsequenten Durchsetzung einer an nationaler Entwicklung orientierten Politik setzt eine effektive Verknüpfung dieser politischen und ökonomischen *Grundlagen* voraus: Peter B. Evans hat den ostasiatischen Entwicklungsstaat – im Vergleich zum "kleptokratischen" Staat (Evans: "predatory state") in vielen Entwicklungsländern – wie folgt gekennzeichnet: "The autonomy of the developmental state is, however, of a completely different character from the aimless, absolutist domination of the predatory state ... It is an autonomy embedded in a concrete set of social ties which bind the state to society and provide institutionalized channels for the continual negotiation and renegotiation of goals and policies" (Evans 1992, S.164).

Das Konzept der "systemischen Wettbewerbsfähigkeit" greift aus anderer theoretischer Perspektive – mit Bezug auf den fast schon klassischen "Diamond" von Michael Porter aus dessen "Competitive Advantage of Nations" (1990) – auf die ähnliche Problematik umfassender gesellschaftlicher Voraussetzungen für erfolgreiche Entwicklung zurück. Wettbewerbsfähigkeit ist abhängig von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozessen auf allen Ebenen, der Mikro- und Makroebene, aber auch einer Me-

soebene (Infrastruktur-, Bildungs-, Technologiepolitik usw.) sowie der Metaebene, die etwa soziokulturelle Faktoren und Grundmuster gesellschaftlicher Organisation umfaßt, und beeinflusst wiederum die weitere gesellschaftliche Entwicklung als zentraler Faktor (vgl. etwa Eßer/Hillebrand/Messner/Meyer-Stamer 1994; auch ihr Artikel in diesem Band).

Diese Diskussion hat zu der Einsicht geführt, daß "Good governance" im Sinne der Förderung gesellschaftlicher Entwicklung eben nicht nur die Berücksichtigung einiger wirtschaftspolitischer essentials bedeutet, sondern sich umfassend um die Entwicklung der strukturellen Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit in einem systemischen, gesamtgesellschaftlichen Sinne kümmern muß. Doch weiterhin geht man von der (teilweise impliziten) Annahme aus, daß der Staat *Subjekt* von Entwicklung ist; wie er das aber dort werden kann, wo er *Objekt* vielfältiger Interessen ist, deren Gesamtheit keineswegs mit dem Interesse an systemischer Wettbewerbsfähigkeit übereinstimmt, bleibt unklar (vgl. zu dieser Gegenüberstellung zwischen ostasiatischem und lateinamerikanischem Staat etwa Evans 1987). Diese *Voraussetzungen* für Wettbewerbsfähigkeit können nicht durch Wettbewerbsfähigkeit selbst entstehen, auch wenn natürlich hier positive Rückkopplungsprozesse in Gang kommen können. Aber auch dies ist angesichts der Formen der weltwirtschaftlichen Integration vieler Entwicklungsländer keineswegs selbstverständlich: Bekanntlich hat gerade die Wettbewerbsfähigkeit einzelner mineralischer oder landwirtschaftlicher Exportprodukte zu monostrukturellen Entwicklungsprozessen und all den vielfach analysierten negativen Implikationen dieser Prozesse geführt (vgl. etwa zu Venezuela Hein 1974).

Es geht also darum, das Paradox zu überwinden, daß der Staat grundsätzlich als kollektiver Vertreter aller Staatsbürger Subjekt einer Strategie nationaler Entwicklung ist, aber eigentlich – im Sinne der Forderung nach einer Kopplung staatlichen Handelns an gesamtgesellschaftliche Entwicklungsinteressen – Objekt von Strategien sein müßte (vgl. Hein 1998, Kap. III.2). Entwicklungsfördernde Strukturen müssen einen ständigen Rückbezug staatlichen Handelns auf lokale Entwicklung ermöglichen, d.h. Wirtschaftspolitik muß primär auf lokale Entwicklungsprobleme reagieren. Aber auch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte selbst muß in einer Weise auf lokale Strukturen bezogen sein, die eine Weiterentwicklung dieser Strukturen ermöglicht. Konkret: Es muß sich also etwa lohnen, in die Entwick-

lung von Technologien zu investieren, die an lokale Bedingungen angepaßt sind. Die Einkommensverteilung, die Vernetzung von Agrar- und Industriesektor sowie die Bedeutung einer gezielten Staatsintervention sind auch in neueren Analysen als zentral herausgearbeitet worden (Adelman/Morris 1984).

All dies verweist auf die Bedeutung von **Strategien, Handlungsweisen, die immer wieder reflexiv auf die Entwicklungsprobleme der lokalen Gesellschaft zurückbezogen sind** – auch wenn es sich um die Förderung der Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens auf ausländischen Märkten handelt. Der Begriff "systemische Wettbewerbsfähigkeit" ist insofern gefährlich, als er den Zeithorizont von "Wettbewerbsfähigkeit" nicht spezifiziert, also den Eindruck erweckt, wenn ein Land mittelfristig wirtschaftlich erfolgreich sei (man denke an Argentinien als Fleisch- und Weizenexporteur bis zur Weltwirtschaftskrise), dann sei es auch "systemisch wettbewerbsfähig". Eigentlich geht es aber doch – wenn man an dem Begriff festhalten will – um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft als System, d.h. darum, **wie sich Gesellschaft als System so entwickeln kann, daß sie sich in Reaktion auf interne und externe Herausforderungen immer wieder in einer Weise transformieren kann, daß sie diesen Herausforderungen gewachsen ist, daß sie also "wettbewerbsfähig" bleibt.** In diesem Sinne verlangt die Beschäftigung mit gesellschaftlicher Entwicklung einen systemischen Ansatz mit evolutionstheoretischer Perspektive. Niklas Luhmann hat sich in seinem letzten Werk ausführlich mit dieser Problematik auf theoretisch-abstrakter Ebene beschäftigt (Luhmann 1997) – dies mit dem Schwerpunkt "Entwicklungsländer im Zeitalter der Globalisierung" aufzuarbeiten, wäre sicher ein komplexes und umfangreiches Vorhaben, doch warum nutzen wir nicht das Konzept der *autozentrierten Entwicklung* als eine vorläufige Annäherung an diese Aufgabe? Ich schlage vor, die oben fett gedruckte Charakterisierung des Entwicklungsproblems als definitorischen Ausgangspunkt für eine neue Fundierung des Konzepts der autozentrierten Entwicklung zu benutzen.

4. Neuformulierung unter den Bedingungen der Globalisierung

Die Frage, wie autozentrierte Entwicklung gefördert werden kann, im skizzierten, gegenüber Samir Amin sicherlich stark modifizierten, aber doch den Kern seiner Überlegungen erhaltenden Sinne, ist also keineswegs überholt, sondern unter den Bedingungen des Globalisierungsprozesses aktueller, aber auch komplexer denn je. Denn: Was bedeutet im Zeitalter der Denationalisierung "Gesellschaft als System"? Eliten werden Teil von transnationalen Klassen, ihre Interessen, aber z.T. auch die Interessen von Beschäftigten in Weltmarktfabriken, scheinen immer weniger mit "nationaler Entwicklung" verknüpft zu sein (vgl. etwa Reich 1993; van der Pijl 1998).

Man muß allerdings bei diesen Schlußfolgerungen vorsichtig sein: Zum einen wird gesellschaftlicher Reichtum ja letztlich nicht durch "umhervagabundierendes" Kapital geschaffen, sondern durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die an bestimmten Standorten stattfindet und dort in ganz konkrete Wechselbeziehungen mit anderen Produzenten sowie Abnehmern (sei es zur Weiterverarbeitung oder zum Endkonsum) eingebunden ist. Dies ist in der neoliberalen Diskussion häufig übersehen worden, ist aber in den vergangenen Jahren in der umfangreichen Diskussion über "Industrial Districts" oder industrielle Cluster (vgl. zusammenfassend u.a. Sabel 1994) wieder verstärkt betont worden. Die kurzfristig von einem Ort zum anderen verlegbare Lohnveredelungsindustrie produziert letztlich nur einen recht geringen Teil der weltweiten Wertschöpfung, ist aber an Orten, an denen sie die wirtschaftliche Struktur dominiert, sicherlich ein Hinweis auf eine nicht-autozentrierte Entwicklung.

Zum anderen sind die Einkommens- und Lebensbedingungen der meisten Menschen trotz Globalisierung primär von lokalen gesellschaftlichen und vor allem politischen Zusammenhängen abhängig – einschließlich der Arbeitsbedingungen und des Lohnniveaus in Weltmarktfabriken oder von Plantagenarbeitern transnationaler Konzerne (Arbeits- und Sozialgesetzgebung, Rolle von Gewerkschaften usw.). Mobilität stellt zwar eine mögliche Flucht aus ungünstigen lokalen Bedingungen für das Kapital wie zunehmend auch für Arbeitskräfte dar, doch bleibt – abgesehen von allen anderen mobilitätshemmenden Faktoren – zu bedenken, daß Mobilität immer die Bewegung hin an einen anderen *Ort* im-

pliziert und daß die Aufnahmekapazität prinzipiell attraktiver Orte sowohl für produktives Kapital als auch für Arbeitskräfte an Grenzen stößt. Diese Überlegungen sind kein Plädoyer für die These, daß sich raumwirtschaftliche Ungleichgewichte durch Mobilität von selbst aufheben; sie sollen nur deutlich machen, daß Globalisierung und gezielte lokale Entwicklungsförderung sich nicht ausschließen, daß ein Ort mit einer gewissen Attraktivität für Kapitalakkumulation – und das kann durchaus auf niedrigem Niveau sein – auch eine Dynamik zur Lösung sozialer Konflikte, zur Förderung der sozialen Infrastruktur entwickeln kann, und daß wir dann, wenn die wechselseitige Dynamik zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Politik im Sinne gesellschaftlicher Konfliktlösung zu einer stabilen positiven Rückkopplung führt, von autozentrierter Entwicklung sprechen können.

"Glokalisierung" (vgl. etwa Peck/Tickell 1994) ist vielleicht das Stichwort, das diesen Zusammenhang am besten trifft: Trotz der Entwicklung weg von weitgehend integrierten nationalen Reproduktionsprozessen kann Weltmarktintegration dennoch zur Stärkung lokaler Akkumulationsräume führen, da gleichzeitig die Grundlagen der Organisation der Produktion, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchgesetzt haben, mit der Flexibilisierung der Produktion, der Auslagerung von Teilproduktionen aus Betrieben ("Subcontracting"), der Reduktion von Lagerhaltung ("Just-in-time") und der wachsenden Bedeutung der Kooperation zwischen Unternehmen zu einer verstärkten Integration von Produktionsstrukturen in lokalen bzw. regionalen Zusammenhängen geführt hat – jedenfalls in den erfolgreichen Regionen. Zum Teil geradezu komplementär zur Denationalisierung sind die Identität von Orten und kleineren Regionen gestärkt worden; in diesem Sinne haben konkrete wirtschaftliche und gesellschaftliche Räume durchaus auch ihre Bedeutung als Basis für eine erfolgreiche Politik aktiver Weltmarktintegration erhalten bzw. sogar gestärkt.

Den Verknüpfungspunkt zwischen Globalisierung einerseits und "autozentrierter Entwicklung" andererseits bildet das Konzept des "Standorts", d.h. der Identifikation mit dem Raum als Voraussetzung von Wohlstand – und damit der Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Integration als dessen Voraussetzung und gleichzeitig Folge. Aus dieser Perspektive erscheint es tatsächlich möglich, die Probleme, die einem nachholenden "nation-building" unter den Bedingungen der Globalisierung ent-

gegenstehen, und die mit einem solchen Prozeß immer verbundenen Konflikte in Richtung auf ein "location-building" zu überwinden. Autozentrierte Entwicklung im Sinne der oben begründeten Definition bezieht sich dann primär auf die Entwicklung gesellschaftlicher Reaktionsfähigkeit und eben die reflexive Wechselbeziehung zwischen Wettbewerbsfähigkeit und den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure auf lokaler Ebene.

Dies ist allerdings keineswegs ohne die Entwicklung eines modernen Territorialstaats möglich, der weiterhin die im Rahmen der *fundamentals of good governance* genannten Aufgaben erfüllen muß, der für die Verabschiedung und Durchsetzung von Gesetzen zuständig ist und die Umverteilung gewährleisten muß, die für die Gewährleistung sozialer Grunddienste, für die Infrastruktur, für Umweltpolitik und den Schutz verwundbarer Bevölkerungsgruppen nötig ist. Mit der stärkeren ökonomischen Bedeutung der Region, einer möglichst weitgehenden politischen Dezentralisierung und der Aufgabe von Versuchen, regionale und lokale Identitäten durch einen zwanghaften Prozeß der Nationenbildung abzubauen, wird der Territorialstaat jedoch politisch und ideologisch entlastet und kann viel flexibler auf die Probleme und Chancen des Globalisierungsprozesses reagieren.

Territoriale Staatlichkeit bleibt also wohl noch auf absehbare Zeit erhalten. Auch wenn gesellschaftliche Dezentralisierung einerseits, die wachsende Bedeutung von *global governance* andererseits zu einem langsamen Abbau ihrer Bedeutung führen werden, müssen auch hier in den meisten Entwicklungsländern erst noch Strukturen einer systematischen Rückbindung staatlichen Handelns an gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entstehen. Dieser Prozeß dürfte jedoch bei einer stärker autozentrierten Entwicklung einzelner Standorte von einem erheblichen Ballast befreit sein. Wenn der Territorialstaat in dieser Form als Klammer zwischen unterschiedlichen "Standorten" weiterbesteht, tritt natürlich das Problem der ungleichen Entwicklung zwischen verschiedenen Räumen dieses Territoriums stärker ins Blickfeld. Es entsteht das Bild eines Archipels, einer Inselgruppe von unterschiedlich erfolgreichen Standorten bei einer gleichzeitigen Marginalisierung der Zwischenräume (vgl. Veltz 1996). Doch ist wahrscheinlich eine ansatzweise autozentrierte Entwicklung auch dieser Zwischenräume als ländlich-periphere Standorte eher möglich als unter den Bedingungen zentralstaatlicher ökonomischer Steuerung. Neuere Analysen zu Afrika zeigen sowohl gewisse Perspektiven der Herausbildung industrieller Cluster auch

unter den Bedingungen weltwirtschaftlicher Peripherisierung (vgl. etwa Kappel 1994) als auch von Ansätzen autozentrierter Entwicklung ländlicher Regionen, also in der Peripherie der Peripherie (vgl. Rauch 1996).

5. Autozentrierte agroindustrielle Entwicklung als Beispiel

Auf der Basis eines Forschungsprojektes zu den Perspektiven einer autozentrierten agro-industriellen Entwicklung im Rahmen des Strukturanpassungsprozesses in Costa Rica, sowie eines Vergleichs dieser Entwicklung mit erfolgreichen Ländern in Südostasien einerseits, der Verschärfung der Krise in afrikanischen Ländern andererseits, habe ich mich ausführlicher mit dem Konzept der autozentrierten Entwicklung auseinandergesetzt (vgl. Hein 1994), wobei hier allerdings die in Abschnitt 4 skizzierte These eines zunehmend auf "Standorte" bezogenen Potentials autozentrierter Entwicklung noch nicht voll berücksichtigt wurde.

Ausgangspunkt war die Betonung des Tatbestandes, daß "Entwicklungsgesellschaften" zunächst Agrargesellschaften sind (oder waren), daß also die Grundlagen der Entwicklung einer nationalen Gesellschaft mit der Transformation der Landwirtschaft gelegt werden. Die Wurzeln einer ungleichen Einkommens- und Besitzverteilung, der Entwicklung des Bildungsniveaus, der sozialen und politischen Integration einer Gesellschaft hängen sehr eng mit dem Charakter dieses Transformationsprozesses zusammen. Dies haben nach wirtschaftshistorischen Studien über verschiedene Entwicklungswege in Europa auch noch einmal die Arbeiten von Menzel belegt. Hiervon ausgehend kamen die Untersuchungen zu folgenden Hauptergebnissen:

- In allen untersuchten Ländern bildeten die relativ breite Streuung der Exporterlöse und verschiedene Formen der Verknüpfung zwischen ländlicher und urbaner Gesellschaft wesentliche Rahmenbedingungen für den gesamten gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Entscheidend für den längerfristigen Entwicklungserfolg war dabei die Fähigkeit der betreffenden Gesellschaft, konkurrenzfähige nichtlandwirtschaftliche Sektoren ohne Marginalisierung der ländlichen Gesellschaft zu entwickeln (Malaysia und Thailand einerseits; Elfenbeinküste und Kenia andererseits). In Ländern, die die typischen Deformationen als Folge einer Phase staatsinterventionistisch gelenkter

Importsubstitution aufweisen (Aufbau moderner Industrien ohne Rückkopplung an den lokalen Primärsektor, vor allem in Lateinamerika), kann autozentrierte Entwicklung heute nur durch eine Rückbindung der industriellen Entwicklung an die Landwirtschaft gefördert werden.

- Wesentlich ist die Fähigkeit zu eigenständiger, d.h. am Potential und an den Zielen der lokalen Gesellschaft orientierter Problemlösung, wobei die Abhängigkeit lokaler Veränderungen von der Integration der Gesellschaft in globale Zusammenhänge natürlich zu berücksichtigen ist. Dies setzt voraus, daß die Politik nicht von herrschenden Gruppen dominiert wird, die sehr eng mit externen Interessen verflochten sind und zum Rest der nationalen Gesellschaft in einem im wesentlichen parasitären Verhältnis stehen (Beispiel: viele afrikanische Länder; Philippinen).
- Kulturelle Faktoren sind von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung politischer Interessenkonstellationen und von Wertesystemen, die den urban-industriellen Transformationsprozeß begleiten (Thailand/Malaysia vs. Philippinen). Das gilt auch für den jeweiligen historischen Hintergrund der Staatsbildungsprozesse (lange lokale Traditionen in Ostasien; Kolonialismus und Europa-Orientierung in Lateinamerika; noch junge Neuansätze der Staatsbildung in Afrika).

Nationale Entwicklung bedeutet also ein optimales Einbringen lokaler Potentiale in das Erreichen internationaler Konkurrenzfähigkeit einerseits, die Verbesserung lokaler Bedürfnisbefriedigung andererseits. Dies setzt den autoreflexiven Charakter nationaler Politik voraus, der wiederum eine gewisse Basis in der internen Selbstregulierung der Wirtschaft sowie ihrer Wechselbeziehung zu sozialpolitischen Interessen einerseits, wirtschaftspolitischen Institutionen andererseits, also in einem bestimmten Grad an lokaler Verflechtung, besitzen muß. Oder anders ausgedrückt: Die interne Vernetzung der sozio-ökonomischen Beziehungen muß stärker sein als die Vernetzung zwischen Eliten und ausländischen bzw. transnationalen Akteuren.

Das Beispiel Costa Ricas bestätigt die Bedeutung historisch gewachsener Strukturen: Die demokratische Entwicklung und die vergleichsweise starke sozio-ökonomische Integration der Gesellschaft lassen sich bis auf die Ursprünge in der Kolonialzeit zurückführen. In Stichworten: Wegen des Mangels an bedeutenden Exportgütern konnte zunächst keine abgehobene Oligarchie entstehen; der Arbeitskräftemangel stärkte dann auch in der

boomenden Kaffee-Exportwirtschaft des 19. Jahrhunderts die Herausbildung einer paternalistischen Tradition der gezielten Förderung der ärmeren Bevölkerungsschichten und des Gemeinwohls. Auf diesem Hintergrund hat heute auch der Versuch der Rückbindung der Industrie an die Landwirtschaft im Sinne einer Strategie autozentrierter agroindustrieller Entwicklung zumindest eine Chance.

Was aber kann in den vielen, vorwiegend ländlich strukturierten Gesellschaften der "Vierten Welt" geschehen, in denen diese Voraussetzungen weitgehend fehlen? Traditionen können nicht kurzfristig produziert werden; sie können nicht durch Versuche gefördert werden, immer wieder neue Konzepte von außen zu übertragen. Eine sozio-politische Basis für autozentrierte Entwicklung kann nur durch die Weiterentwicklung bestehender lokaler Traditionen entstehen. In diesem Prozeß muß ein Weg gefunden werden, der eine Integration lokaler Gesellschaften in nationale und globale Zusammenhänge ermöglicht, ohne den kleineren Einheiten ihre Identität zu nehmen und ohne einen internen Desintegrationsprozeß zwischen Eliten, die sich global integrieren, und Marginalisierten, die auf die Subsistenzproduktion zurückgeworfen werden, zu fördern. Aufbauend auf den lokalen Strukturen müssen Formen der Integration in größere soziale und wirtschaftliche Einheiten gesucht werden. Das bedeutet, daß Produktionszweige, die für größere Märkte produzieren, soweit wie möglich mit der lokalen Ökonomie verknüpft bleiben müssen – etwa lokale Vorprodukte verwenden und mit ihrem Einkommen zur Nachfrage lokaler Konsumgüter beitragen.

Agrarreformen mit einer tiefgreifenden Umverteilung von Grundbesitz und Einkommen wären zweifellos in vielen Ländern nötig, sind allerdings meist nur in spezifischen Krisen- und Umbruchsituationen durchsetzbar gewesen (Beispiele: Südkorea und Taiwan).

Auch unterhalb dieser Ebene sind jedoch gezielte Veränderungsprozesse möglich – nicht durch dirigistische Planung, sondern durch eine geschickte Beeinflussung der Rahmenbedingungen – wie etwa die Förderung einer an den praktischen Erfordernissen orientierten Bildung und Ausbildung, eine gezielte, die lokale Integration fördernde Infrastrukturpolitik, eine Steuer- und Abgabepolitik, die kleine Unternehmen und genossenschaftliche Organisationsformen stärkt, schließlich die Orientierung der industriellen Entwicklung in Richtung auf eine Verknüpfung mit der

Landwirtschaft, wodurch eine konkurrenzfähige Beteiligung kleiner Produzenten und ein höherer Grad wirtschaftlicher Verflechtungen ermöglicht wird.

Der Globalisierungsprozeß scheint eine solche Entwicklung nicht unbedingt zu fördern; tatsächlich schafft er allerdings die Möglichkeit eines Verständnisses von Entwicklungsförderung, die sich vom Nationalstaat als primärem Subjekt von gesellschaftlicher Entwicklung löst, sich unmittelbar an die sozialen und ökonomischen Akteure wendet bzw. Rahmenbedingungen einfordert, die die Lösung staatlicher Instanzen aus der Abhängigkeit partikulärer gesellschaftlicher Interessen erleichtern. In diesem Sinne haben neoliberale Strategien durchaus Veränderungen der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft ermöglicht, die einer autozentrierten Entwicklung im hier skizzierten Sinne dienen können – vorausgesetzt allerdings, daß der so aus alten Fesseln befreite Staat die Möglichkeit behält, sein Handeln an lokale gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zurückzubinden.

Gäbe es den Begriff der "autozentrierten Entwicklung" nicht schon, man müßte ihn (oder einen ähnlichen) erfinden. Da es ihn aber schon gibt, sollte man die Mühe nicht scheuen, ihn ein wenig von dem Ballast zu befreien, mit dem gemeinsam er gleichsam untergegangen ist. Sicherlich ist eine weitgehende Abkoppelung vom Weltmarkt keine gangbare Entwicklungsstrategie, auch kann die Konzipierung autozentrierter Entwicklung als ein marxistisches Modell der Selbststeuerung nationaler Ökonomien genausowenig reale wirtschaftliche Entwicklungsprozesse der Gegenwart erfassen wie neoklassische Modelle nationaler Ökonomien. Hingegen ist Autozentriertheit im Sinne einer grundlegenden Reflexivität gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, eines ständigen Rückbezugs politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen auf interne Entwicklungsprozesse, von grundsätzlicher Bedeutung für jede Strategie, die hinauskommen will über eine kurzfristige Stabilisierungspolitik oder über ein Wachstum, das lediglich der Selbstbereicherung korrupter Eliten dient. Der Baum, der aus seinen Wurzeln heraus wächst, in einem ständigen Stoffwechselprozeß mit seiner Umwelt, stellt dafür sicherlich kein schlechtes Bild dar.

Literatur:

- Irma Adelman 1984: Beyond Export-Led Growth, in : World Development, Bd.12, Nr.9, S. 937-949
- Alberto Alesina, Roberto Perotti 1994: The Political Economy of Growth: A Critical Survey of Recent Literature, in: The World Bank Economic Review, Bd.8, Nr.3, S. 351-371
- Samir Amin 1974: Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Dieter Senghaas (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt, S. 71-97
- Joachim Betz, Wolfgang Hein 1996: Globalisierung und der Weg zur Weltgesellschaft: Herausforderung aus dem Süden – ein Problemaufriß, in: Nord-Süd aktuell, Nr.3/1996, S. 466-481
- Deborah Brautigam 1991: Governance and Economy. A Review (World Bank, Policy Research Working Papers)
- Klaus Eßer, Wolfgang Hillebrand, Dirk Messner, Jörg Meyer-Stamer 1994: Das Konzept "Systemischer Wettbewerbsfähigkeit", in: Nord-Süd aktuell, Nr.4/1994, S. 541-557
- Peter B. Evans 1987: Class, State and Dependency in East Asia: Lessons for Latin Americanists, in: Frederic C. Deyo (Hg.): The Political Economy of the New Asian Industrialism. Ithaca, N.Y., S. 203-226
- Peter B. Evans 1992: The State as Problem and Solution: Predation, Embedded Autonomy, and Structural Change, in: Stephan Haggard, Robert Kaufman, The Politics of Economic Adjustment. Princeton, N.J., S. 139-181
- Wolfgang Hein 1981: Globale Vergesellschaftung im kapitalistischen Welt-system und die Grenzen eigenständiger nationaler Entwicklung, in: Peripherie, Nr.10/11, S. 6-23
- Wolfgang Hein 1983: Weltmarktabhängigkeit und Entwicklung in einem Ölland: Das Beispiel Venezuela (1958-1978). Stuttgart
- Wolfgang Hein 1994: Autozentrierte agroindustrielle Entwicklung. Eine Strategie zur Überwindung der gegenwärtigen Entwicklungskrise? Hamburg
- Wolfgang Hein 1998: Unterentwicklung – Krise der Peripherie. Opladen
- Robert Kappel 1994: Industrielle Entwicklung oder De-Industrialisierung in Afrika?, in: Nord-Süd aktuell, Nr.4/1994, S. 617-636
- Niklas Luhmann 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Ulrich Menzel 1980: Autozentrierte Entwicklung in historischer Perspektive. Dogmengeschichtliche und typologische Aspekte eines aktuellen Konzepts, in: Khushi M. Khan (Hg.): Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie. München, S. 33-65
- Ulrich Menzel 1985: In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan. München
- Ulrich Menzel 1988: Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas. Frankfurt/M.
- Ulrich Menzel 1998: Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt/M.
- Ulrich Menzel, Dieter Senghaas 1986: Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt/M.

- Cynthia Morris, Irma Adelman 1988: Comparative Patterns of Economic Development 1850-1914. Baltimore
- Jamie Peck, Adam Tickell 1994: Searching for a New Institutional Fix: the After-Fordist Crisis and the Global-Local Disorder, in: Ash Amin (Hg.): Post-Fordism. A Reader. Oxford, S. 280-315
- Kees van der Pijl 1998: Transnational Classes and International Relations. London, New York
- Michael E. Porter 1990: The Competitive Advantage of Nations. New York
- Theo Rauch 1996: Ländliche Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen Weltmarkt, Staatsmacht und kleinbäuerlichen Strategien. Saarbrücken
- Robert Reich 1993: Die neue Weltwirtschaft – das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt/M.
- Charles F. Sabel 1994: Flexible Specialisation and the Re-emergence of Regional Economies, in: Ash Amin (Hg.): Post-Fordism. A Reader. Oxford, S. 101-156
- Fritz W.Scharpf 1998: Demokratie in der transnationalen Politik, in: Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt/M., S. 228-253
- Dieter Senghaas 1977: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Frankfurt/M.
- Dieter Senghaas 1982: Von Europa lernen. Frankfurt/M.
- Dieter Senghaas 1997: Die Auswege aus der Armut sind bekannt, in: Robert Kappel (Hg.): Weltwirtschaft und Armut. Hamburg, S. 336-339
- Pierre Veltz 1996: Mondialisation. Villes et Territoires. Paris
- World Bank 1993: The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy. New York
- World Bank 1997: World Development Report 1997. Oxford
- Michael Zürn 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt/M.

Dr. Wolfgang Hein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Übersee-Instituts und Privatdozent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Zwischen 1983 und 1991 hat er in Mittelamerika Feldforschung betrieben.